



Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

die **Sommerpause des Deutschen Bundestages ist zu Ende** und auch für die meisten von euch dürfte die Urlaubszeit, die hoffentlich eine erholsame war, vorüber sein. Ich habe auf meiner **Sommertour durch den Wahlkreis** viele von euch getroffen und ganz neue Ecken in der Region entdecken dürfen. Die unterschiedlichsten Begegnungen und Gespräche im Wahlkreis haben mir viel Freude gemacht und mit der **Sonderausgabe meiner „Berliner Notizen“** hatte ich euch bereits an meinen Sommerimpressionen teilhaben lassen. An dieser Stelle nochmals **herzlichen Dank** allen Beteiligten für die Organisation und die Begleitung.

Wegen der **Krisensituation im Nordirak und in Syrien** ist der Bundestag zu einer **Sondersitzung** zusammengekommen, um über **die humanitäre Hilfe und die Waffenlieferungen** an die Kurden in der Krisenregion Nordirak zu beraten.

Keiner und keinem meiner Abgeordnetenkollegen **ist eine Entscheidung** zum Entschließungsantrag „Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS“ **leichtgefallen**. Die Einschätzung der Lage, die Abwägung der Argumente und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen für jeden Abgeordneten verdienen meinen **Respekt**.

Bei aller Skepsis, die Entscheidung für Waffenlieferungen mitzutragen, ist für mich ausschlaggebend, dass es sich hier um eine **Nothilfe** handelt, die dem Schutz von Leib und Leben dient. Es ist eine **Einzelfallentscheidung**, kein Tabubruch und schon gar kein Automatismus.

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) massakriert Menschen im Irak und in weiteren angrenzenden Ländern. **Hunderttausende sind auf der Flucht**, darunter Christen, Turkmenen und Jesiden. Die **mörderische Organisation IS** terrorisiert in einem nie dagewesenen Maße die Bevölkerung des Irak. Seit Juni dieses Jahres sind große Teile der sunnitischen Gebiete Iraks der Kontrolle der Zentralregierung entglitten. Auch Truppen der kurdischen Regionalregierung (Peschmerga) konnten IS keinen Einhalt gebieten. 50.000 Jesiden flohen in die Sinjar-Berge und wurden dort von IS-Kämpfern eingekesselt. Andere wurden ermordet oder versklavt.

Dr. Dorothee Schlegel, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845
Email:
dorothee.schlegel@bundestag.de
Johannes Gamer
Silke Pachal

Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald
Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23
E-Mail:
dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de
Ralph Hornung
Naile Sulejmani
Frank Heuss

Wahlkreisbüro
Main-Tauber
Marienstr. 1
97922 Lauda-Königshofen
Tel.: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48
E-Mail:
dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de
Renate Gaul

BERLINER NOTIZEN

von

Dr. Dorothee Schlegel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vor diesem Hintergrund und in Absprache mit den europäischen Außenministern hat die Bundesregierung den Beschluss gefasst, neben humanitärer Hilfe auch militärisches Gerät an den Irak zu liefern. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung zusammen mit den europäischen Partnern ein **umfassendes Unterstützungspaket** für die irakische Zentralregierung und die Regionalregierung Irak-Kurdistan beschlossen hat. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte: „Die Gefahr, dass der **Völkermord** fortgesetzt wird und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Nordirak weitergehen, ist für mich größer als das Risiko, dass die Waffen in falsche Hände geraten.“

Im Vordergrund steht die humanitäre Hilfe, die massiv ausgeweitet werden muss. Die bis dato dafür veranschlagte Summe von 50 Millionen Euro wird steigen und die SPD-Fraktion wird darauf achten, dass **diejenige für humanitäre Hilfe immer höher ist als die für militärisches Gerät**. Die politischen Grundsätze für Rüstungsexporte blieben davon selbstverständlich unberührt. Auch weiterhin werde Deutschland keine Waffen in Kriegsgebiete liefern. **Letztendlich geht es hier um eine Abwägung**. Vollkommene Sicherheit – auch in Bezug auf Waffen – kann es nicht geben. Ergänzend zitiere ich Ruprecht Neudeck, den Gründer von Cap Anamur: „Ich möchte nicht, dass Menschen sterben für die Reinheit meiner Philosophie, meines Pazifismus.“

Gerade vor dem Hintergrund dieser Abstimmung bleibt es für mich wichtig, **dass politische Lösungen** in allen Krisengebieten die **oberste Maxime** sind. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Situation in der **Ukraine**. Ein Waffenstillstand ist die Voraussetzung für politische Lösungen. Wir müssen immer **gesprächsbereit bleiben** und mit unseren auf Demokratie aufgebauten Werten für **stabile Gesellschaften** eintreten.

Die Bundesregierung hat **höhere Hilfen für Kommunen** beschlossen, die von demokratisch legitimer **Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten** besonders betroffen sind. Damit sollen gezielte Maßnahmen getroffen werden, die Missbrauch von Freizügigkeit und Sozialleistungen bekämpfen sowie ausbeuterische Beschäftigungs- und Wohnverhältnisse verhindern. Der Zuzug von qualifizierten Fachkräften, von motivierten Auszubildenden und Studierenden leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Wohlstands und der Fachkräftebasis in unserem Land. Auch wenn mit der wachsenden Zuwanderung aus anderen Mitgliedstaaten Probleme verbunden sein

13.09.2014 10:00
Infomobil des
Deutschen
Bundestages,
Spitzer Turm in
Wertheim

13.09.2014 12:00
Treffen mit den
Landfrauen, Lauda

13.09.2014 20:00
Tag der
Reservisten,
Bürgersaal Buchen

14.09.2014 10:30
Großer Markt
Külshaus

14.09.2014 14:00
Einführung von
Pfarrer Stefan
Albert,
Oberschefflenz

15.09.2014 11:30
Gespräch mit
Bürgermeister
Ludwig, Schefflenz

15.09.2014 18:30
Wiedereinführung
von OB Jann, Alte
Mälzerei Mosbach

18.09.2014 08:00
Informationsfahrt
nach Straßburg ins
Europäische
Parlament

Alle weiteren Termine
unter:
www.dorothee-schlegel.de

BERLINER NOTIZEN
von
Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

können, ist die Freizügigkeit in der EU eine unverzichtbare Grundfreiheit und eine tragende Säule der europäischen Integration. Daran soll in keiner Weise gerüttelt werden.

Des Weiteren hat das Bundeskabinett ein Gesetz zur **Entlastung von Ländern und Kommunen** auf den Weg gebracht. Vorgesehen ist bis 2017, die Kommunen um jährlich eine weitere Milliarde Euro zur **Sicherung ihrer kommunalen Aufgaben** zu entlasten. Jeweils 500 Millionen Euro werden über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer verteilt, weitere 500 Millionen über eine Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Die jährliche Entlastung um eine Milliarde Euro ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere Entlastungen folgen müssen. **Die SPD erwartet**, dass bereits 2017 die Entlastung um bis zu zwei Milliarden zusätzlich höher ausfallen wird und fordert die Union mit Nachdruck auf, diesen Weg ebenfalls zu unterstützen. **Zielmarke für die SPD** bleibt eine Entlastung von fünf Milliarden Euro jährlich, nachdem das Bundesteilhabegesetz in Kraft getreten ist.

Ich begrüße die **Aufstockung des Sondervermögens Kinderbetreuungsaufbau** in den Jahren 2016 bis 2018 um insgesamt 550 Millionen Euro. Auch hier gilt, dass die Schaffung der erforderlichen Betreuungsplätze **bei entsprechendem Bedarf** mehr Mittel beanspruchen kann als die zusätzlichen 30.000 Plätze. Soweit dies erforderlich werden sollte, **wird die SPD, wie im Koalitionsvertrag verabredet, auf einer entsprechenden Finanzierung bestehen.**

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich zudem weiter sehr entschieden für die **finanzielle Entlastung der Kommunen** von den Sozialausgaben und für die Stärkung der kommunalen Investitionskraft ein.

Mit einem weiteren Gesetzentwurf hat das Kabinett die geplante **BAföG-Reform** auf den Weg gebracht. Die Große Koalition setzt damit die richtigen Prioritäten und investiert in Bildung und Chancengleichheit. Mit der geplanten Novelle übernimmt der Bund die Kosten für das BAföG ab 2015 vollständig und **entlastet damit die Länder** jährlich um 1,17 Milliarden Euro. Diese Mittel ermöglichen den Ländern zusätzliche Investitionen in die Bildung. Darüber hinaus sieht die Novelle eine **substanzielle Stärkung und Modernisierung** des BAföG vor. Es wird angepasst an **neue Studienstrukturen, veränderte Bildungsbiografien** und **zunehmende**

13.09.2014 10:00
Infomobil des
Deutschen
Bundestages,
Spitzer Turm in
Wertheim

13.09.2014 12:00
Treffen mit den
Landfrauen, Lauda

13.09.2014 20:00
Tag der
Reservisten,
Bürgersaal Buchen

14.09.2014 10:30
Großer Markt
Külshheim

14.09.2014 14:00
Einführung von
Pfarrer Stefan
Albert,
Oberschefflenz

15.09.2014 11:30
Gespräch mit
Bürgermeister
Ludwig, Schefflenz

15.09.2014 18:30
Wiedereinführung
von OB Jann, Alte
Mälzerei Mosbach

18.09.2014 08:00
Informationsfahrt
nach Straßburg ins
Europäische
Parlament

Alle weiteren Termine
unter:
www.dorothee-schlegel.de

BERLINER NOTIZEN
von
Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Internationalität. Mit der Erhöhung der Freibeträge, Bedarfssätze und Sozialpauschalen werden sich ab 2016 die **Leistungen spürbar verbessern** und gleichzeitig auch weitere 110.000 Schüler und Studierende in den Kreis der BAföG-Berechtigten aufgenommen. In der **parlamentarischen Beratung** gilt es nun – unter **Einbeziehung von Studierendenverbänden** und Experten – weitere Vorschläge **konstruktiv** zu prüfen. Ziel der Reform muss es sein, das BAföG bestmöglich auf die Studien- und Lebensbedingungen der Schüler und Studierenden auszurichten. Es bleibt festzuhalten: **Immer wenn die SPD regiert, gibt es substanzielle Verbesserungen beim BAföG. Gesagt, getan, gerecht!**

Mit dem Beschluss zur "**Digitalen Agenda 2014–2017**" der Bundesregierung werden wir uns im Bundestag in der nächsten Zeit auseinander zu setzen haben. Die Digitale Agenda ist erst **der Start und nicht der Endpunkt für die politische Gestaltung** der Digitalisierung in dieser Legislaturperiode. **Flächendeckender Breitbandausbau, diskriminierungsfreier Netzzugang** und **verbindliche Regeln zu Datensicherheit** und zum Schutz der Persönlichkeitsrechte müssen jetzt konsequent in die Tat umgesetzt werden. Der Ausbau der Breitbandnetze ist gerade für **kleinere und mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum** von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Tüchtige Unternehmerinnen und Unternehmer dürfen nicht länger durch langsame Leitungen ausgebremst werden. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb dafür ein, dass **der Ausbau möglichst zügig erfolgt** und auch finanziell unterstützt wird.

In der vergangenen Woche hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in Hamburg zu ihrer **Klausurtagung** zur weiteren Arbeitsplanung getroffen. Ein zentrales Diskussionsthema war der Umgang mit der **Sterbehilfe**, über deren Reform wir im kommenden Jahr im Bundestag entscheiden werden. Die Gespräche auf der Klausurtagung waren von großer Ernsthaftigkeit geprägt. Die schwierigen **ethischen Abwägungen** stellen jede und jeden Abgeordneten vor eine gewissenhafte Prüfung, die auch nur jede und jeder für sich selbst treffen können wird. In der Diskussion hierzu hat sich die SPD-Bundestagsfraktion **gegen ein völliges Verbot** ausgesprochen. Auch ich bin der Meinung, dass Menschen, die am Ende ihres Lebens unter stärksten Schmerzen leiden und verzweifelt sind, nicht „kriminalisiert“ werden dürfen. Wir waren uns aber auch einig darüber, dass eine **gewerblich betriebene, kommerzielle Sterbehilfe nicht der richtige Weg** ist. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich zugleich für **den Ausbau der**

13.09.2014 10:00
Infomobil des
Deutschen
Bundestages,
Spitzer Turm in
Wertheim

13.09.2014 12:00
Treffen mit den
Landfrauen, Lauda

13.09.2014 20:00
Tag der
Reservisten,
Bürgersaal Buchen

14.09.2014 10:30
Großer Markt
Külshheim

14.09.2014 14:00
Einführung von
Pfarrer Stefan
Albert,
Oberschefflenz

15.09.2014 11:30
Gespräch mit
Bürgermeister
Ludwig, Schefflenz

15.09.2014 18:30
Wiedereinführung
von OB Jann, Alte
Mälzerei Mosbach

18.09.2014 08:00
Informationsfahrt
nach Straßburg ins
Europäische
Parlament

Alle weiteren Termine
unter:
www.dorothee-schlegel.de

BERLINER NOTIZEN
von
Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

palliativmedizinischen Versorgung todkranker Menschen ausgesprochen, der parallel zur Änderung der Gesetzeslage erfolgen soll.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit stellt von 2014–2018 50 Millionen Euro mit dem neuen **Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“** bereit, um herausragende Projekte des Städtebaus aufzuzeigen und zu unterstützen. Wir hatten mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2014 eine sozialdemokratische Forderung des Koalitionsvertrages umgesetzt und das Gesamtvolumen der **Städtebauförderung** auf 700 Millionen Euro erhöht. Neben einer erheblichen Mittelaufstockung des Programms „Soziale Stadt“ von 40 auf 150 Mio. Euro entstand auch das neue Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“. Insbesondere auch kleinere Städte bei uns in Odenwald-Tauber sind durch das Programm angesprochen, das jede Kommune in und für die Raumschaft stärken würde. Städte und Gemeinden sind aufgerufen, bis zum **22. September 2014** geeignete Vorschläge beim **Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR)** einzureichen (www.nationale-staedtebauprojekte.de).

Prostitution, Zwangsprostitution und Menschenhandel werden derzeit kontrovers diskutiert. Auf bundespolitischer Ebene steht zur Umsetzung des Koalitionsvertrages und der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (**Menschenhandelsrichtlinie**) die Erarbeitung von Gesetzentwürfen an.

Es ist mir ein Anliegen, dass die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Fragestellung zu einer **Haltung** findet, wie es auch 1997 zur Vergewaltigung in der Ehe und 2000 zum Kinderrecht auf eine gewaltfreie Erziehung geschehen ist und wie sie eine solche Haltung derzeit in den Debatten um Sterbehilfe oder zur Asylthematik im europäischen Kontext erarbeitet.

Das **Prostitutionsgesetz** von 2002 hatte das Ziel, die soziale und rechtliche Diskriminierung von Prostituierten zu verbessern. Zwölf Jahre danach aber stellen wir fest, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Auch der Kampf gegen Zwangsprostitution ist erschwert worden. Nach meiner Überzeugung muss jegliche Debatte zur Prostitution und zu einer Gesetzesänderung aus der Perspektive der **Gleichstellung der Geschlechter** angegangen werden (Gleichstellungsgrundsatz Artikel 3 Satz 2 des Grundgesetzes).

Der Bereich der Prostitution ist als „Arbeitsfeld“ hochgradig von **struktureller Diskriminierung** zu Lasten von Frauen geprägt. In der so genannten „Sexindustrie“

13.09.2014 10:00
Infomobil des
Deutschen
Bundestages,
Spitzer Turm in
Wertheim

13.09.2014 12:00
Treffen mit den
Landfrauen, Lauda

13.09.2014 20:00
Tag der
Reservisten,
Bürgersaal Buchen

14.09.2014 10:30
Großer Markt
Külshheim

14.09.2014 14:00
Einführung von
Pfarrer Stefan
Albert,
Oberschefflenz

15.09.2014 11:30
Gespräch mit
Bürgermeister
Ludwig, Schefflenz

15.09.2014 18:30
Wiedereinführung
von OB Jann, Alte
Mälzerei Mosbach

18.09.2014 08:00
Informationsfahrt
nach Straßburg ins
Europäische
Parlament

Alle weiteren Termine
unter:
www.dorothee-schlegel.de

BERLINER NOTIZEN
von
Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

herrscht eine völlig unklare Datenlage. Wir müssen das Dunkelfeld aufhellen, uns über diesen Markt als einem starken **Wirtschaftsfaktor** klar werden, die Profiteure aufdecken und die Forschung erweitern, bevor wir Gesetze, die an der Realität vorbeigehen, nur wieder reparieren. Am Anfang muss eine Debatte stehen über die **fehlende Definitionsabgrenzung von Prostitution und Zwangsprostitution**. Die Gründe für Menschen, meist Frauen, sich zu prostituieren, sind sehr unterschiedlich. Doch zählt die Nachfrage, meist durch Männer, als Hauptfaktor, der sowohl Menschenhandel als auch Prostitution lukrativ macht. Insofern unterstütze ich die Forderung nach einem **Sexkaufverbot** als Maßnahme, die den Markt unterminiert und der Nachfrage, Sex zu kaufen, entgegenwirkt. Die **Freierbestrafung** halte ich insofern auch für die beste Vorgehensweise im Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel. Diese Position habe ich gestern beim Mittagstisch der Parlamentarischen Linken (PL) in der SPD-Bundestagsfraktion vorgestellt und werde sie als Berichterstatterin für Gender und Gleichstellung auch in die SPD-Arbeitsgruppe des Ausschusses für Angelegenheiten der europäischen Union einbringen.

Mit herzlichen Grüßen



Dr. Dorothee Schlegel

- 13.09.2014 10:00**
Infomobil des Deutschen Bundestages, Spitzer Turm in Wertheim
 - 13.09.2014 12:00**
Treffen mit den Landfrauen, Lauda
 - 13.09.2014 20:00**
Tag der Reservisten, Bürgersaal Buchen
 - 14.09.2014 10:30**
Großer Markt Kulsheim
 - 14.09.2014 14:00**
Einführung von Pfarrer Stefan Albert, Oberschefflenz
 - 15.09.2014 11:30**
Gespräch mit Bürgermeister Ludwig, Schefflenz
 - 15.09.2014 18:30**
Wiedereinführung von OB Jann, Alte Mälzerei Mosbach
 - 18.09.2014 08:00**
Informationsfahrt nach Straßburg ins Europäische Parlament
- Alle weiteren Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

